



iran-report

Nr. 07/2005

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Wächterrat bestätigt das endgültige Ergebnis der Präsidentschaftswahl / Ahmadinedschad statt Rafsandschani / Abadgaran - die neue Macht im Gottesstaat / Der neue Präsident / Bilanz des ersten Wahlgangs: Wächterrat bestätigt „Korrektheit“ der Wahl - Innenministerium spricht von Wahlbetrug / Gründung einer „Front für Demokratie und Menschenrechte“ angekündigt / Ex-Parlamentspräsident Karrubi kündigt Bildung einer Partei an / Abschlusserklärung auf dem Kongress der Modjahedin der Islamischen Revolution / Frauen fordern Änderung der Verfassung / Internationale Unterstützung für Proteste der Frauen / Parlamentspräsident Adel im Amt bestätigt / Weltmeister der Internetsensur / Weblogger zu zwei Jahren Haft verurteilt / Journalist Akbar Gandji in Lebensgefahr / Rechtsanwalt Nasser Zarafschan vorübergehend zur medizinischen Behandlung freigelassen

II. Wirtschaft

Ahmadinedschad will Ölverträge neu verhandeln / Verhandlungen über Gaspipeline von Iran nach Indien / E.ON sucht Einstieg ins Gasgeschäft mit Iran / Iranisch-irakisches Pipeline-Projekt / Prozess gegen mutmaßliche Atomspione ab August

III. Außenpolitik

Die Wahl und das Atomprogramm / Israel fordert EU-Staaten zu Standhaftigkeit auf / Iran verzichtet bis Ende Juli auf Urananreicherung / USA frieren Konten von Organisationen aus Iran, Syrien und Nordkorea ein



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 08/2005 Anfang August) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juli 2005

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

4. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Wächterrat bestätigt das endgültige Ergebnis der Präsidentschaftswahl

Vier Tage nach der Stichwahl bestätigte der Wächterrat die Ergebnisse und bezeichnete die Abstimmung als „korrekt“. Es habe keine Unregelmäßigkeiten gegeben, teilte der Rat am 29. Juni mit.

Demnach entfielen von den 27,8 Millionen gültigen Stimmen 61,8 Prozent auf den ultrakonservativen Wahlsieger Mahmud Ahmadinedschad. Sein Konkurrent, Haschemi Rafsandschani, der den moderaten Konservativen zugeordnet wird, erhielt nur 37 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 61 Prozent.

Ahmadinedschad statt Rafsandschani

Die Wahl Ahmadinedschads zum Staatspräsidenten war ein Schock. Niemand hatte mit einem Sieg des ultrarechten Flügels der Konservativen gerechnet; vor allem jedoch nicht damit, dass sein Konkurrent, der als Favorit gehandelte Haschemi Rafsandschani, eine so erbärmliche Niederlage erleiden würde. Legt man die Wahlen der letzten Jahre zugrunde, verfügten die Konservativen durchschnittlich über fünf bis acht Millionen Stimmen. Ahmadinedschad erhielt jedoch bei der Stichwahl mehr als sieben Millionen Stimmen, ein „Wunder“, das nicht allein mit dem zutreffenden Hinweis auf Wahlmanipulationen zu erklären ist. Die Gründe liegen in der 26-jährigen Geschichte der Islamischen Republik.

Bevor die Revolution im Februar 1979 ausbrach, verkündete Ayatollah Chomeini in seinem Pariser Exil den Aufbruch in eine neue Epoche, in der es nicht nur politische Freiheit, sondern auch eine soziale Umwälzung geben werde. Jene, die durch Raub zum Reichtum gelangt seien, würden für ihre Sünden büßen und jene, die immer unten waren, würden endlich oben sein.

Die Massen im Iran vernahmten die Botschaft wohl: In ihren Augen war der Ayatollah der Gesandte Gottes, der verborgene Imam, der als Nachfolger Mohammeds wieder erschienen war, um auf Erden Gerechtigkeit walten zu lassen. Die „Barfüßigen“ und Mittellosen, die Unterdrückten und Erniedrigten sa-

hen in ihm den einzigen Retter aus ihrem Elend. Bewaffnet mit der islamistischen Ideologie und der schiitischen Bereitschaft zum Märtyrertod, bereit, sich den Kugeln der Maschinengewehre und den Panzern zu stellen, folgten sie dem Ruf des geistlichen Oberhauptes zum Widerstand. Gegen diese Kraft war die Armee des Schahs machtlos, sie zerfiel wie ein Kartenhaus innerhalb weniger Monate.

Auch nach der Revolution bildete diese Kraft die eigentliche Basis des neu gegründeten Gottesstaates. Es waren zum großen Teil Landflüchtlinge, die infolge der Bodenreform des Schah oder im Zuge der Revolution in die Städte gezogen waren, dort keine Arbeit gefunden hatten und marginalisiert ihr Dasein fristeten. Entwurzelt, weder Land- noch Stadtmenschen, vogelfrei, unwissend und ungebildet, gezwungen, ein Lumpendasein zu führen, den Bauch mit nichts anderem gefüllt als mit Wut, verunsichert waren diese Randexistenzen der Gesellschaft gegenüber Führerfiguren, Autoritäten, Demagogen am anfälligsten und zu jedem Opfer bereit.

In den ersten Monaten nach der Revolution wurden sie gegen die politischen Widersacher eingesetzt. Wo immer sich Widerstand gegen die neue Macht regte, bedurfte es nur eines Winkes des Revolutionsführers und Hunderttausende füllten mit erhobenen Fäusten die Straßen. Das konnte eine zeitlang gut gehen, auf dieser Basis ließ sich jedoch kein Staat etablieren. Die Menschen brauchten Arbeit. Da kam das Schicksal dem Gottgesandten zu Hilfe: der irakische Auftaktangriff 1980 zum achtjährigen, allerersten Golf-Krieg löste das Problem vorerst. Millionen zogen an die Front, mehr als 500.000 Menschen starben. Nach dem Krieg standen die Rückkehrer wie die Hinterbliebenen mit leeren Händen da. Krieg, Korruption und Misswirtschaft, der Mangel an Planung und die Isolierung des Landes von der internationalen Staatengemeinschaft hatten das Land ruiniert. Ein Teil der Mittellosen wurde in militärische oder paramilitärische Organisationen oder Geheimdienste aufgenommen. Das Los der anderen war weiterhin die Armut.

Spätestens nach Chomeinis Tod wenige Monate nach Kriegsende, entpuppten sich die Bekundungen zur Parteinahme



für die Entrechteten und Beleidigten als pure Demagogie. Statt dem Volk zu dienen und die Lebensverhältnisse der Mittellosen zu bessern, wirtschafteten die Mullahs in die eigene Tasche. Im Vergleich zu diesem Raubzug nahmen sich der Schah und seine Funktionäre wie kleine Taschendiebe aus. Aus den ehemals mittellosen Stadt- und Dorfpredigern, die für ein Handvoll Geld den Gläubigen himmlische Botschaften verkündeten, sind inzwischen Multimillionäre mit vollen Bankkonten im Ausland geworden. Die Barfüßigen spüren diesen Raub des Volksvermögens tagtäglich am eigenen Leib: Heute leben über 50% der iranischen Familien am Rande oder unter dem Existenzminimum. Nach offiziellen Angaben liegt die Arbeitslosigkeit bei fünfzehn Prozent - in Anbetracht der Tatsache, dass Iran potentiell zu den reichsten Ländern der Erde gehört, eine Katastrophe.

Diesen Missstand griff Ahmadinejad auf. Er schlüpfte in die Rolle eines Bettlerkönigs, eines Robin Hoods. Mit einer radikalen Kampfansage an die korrupte Obrigkeit, an jene, die sich auf Kosten der Volksmassen bereichert haben, schürte er Hass- und Rachegefühle: „Warum“, so seine rhetorische Wahlkampffrage, „sollen jene, die die Revolution gemacht, im Krieg ihr Leben riskiert und die Folgen getragen haben, am Hungertuch nagen, während andere in Reichtum schwelgen?“. Es fügte sich ausgezeichnet, dass sein Konkurrent um das höchste Amt Rafsandschani war: er gilt als graue Eminenz, als einer der inzwischen reichsten und korruptesten Lenker des Gottesstaates. Die ungeheure Kampagne der Radikal-Islamisten war vielmehr gegen Rafsandschani gerichtet als sie eine Unterstützung von Ahmadinedschad darstellte. Mit dem populistischen Ruf nach Gerechtigkeit gelang den Radikalen aber - als zweiter, nicht minder wichtiger Streich - ein groß angelegtes Ablenkungsmanöver von den zentralen politischen Fragen. Während in den vergangenen acht Jahren seit der Wahl Chatamis Fragen über Demokratie, Menschenrechte und zivile Gesellschaft die Hauptstreitpunkte zwischen den Konservativen und Reformern bildeten, schafften es die Rechten nun, diese politischen Themen in den Schatten der sozialen Fragen zu stellen. Die These der Reformer, ohne Demokratisierung, ohne einen Rechtsstaat ließen sich ökonomische Probleme nicht lösen, wurde in ihr Gegenteil verkehrt. Verdutzt

stellten die Reformer fest, dass für die Scharen der Arbeitslosen, der Mittellosen und Benachteiligten die Sicherung der materiellen Existenz näher liegt als die Sicherung ihrer Bürgerrechte. Ihre -unverzeihliche- Fehleinschätzung erstreckte sich allerdings nicht nur auf das Versagen, Antworten auf die sozialen Fragen zu liefern. Sie versäumten es auch, ihre Wähler - es waren immerhin 23 Millionen, die Chatami gewählt hatten - zu organisieren, die Zivilgesellschaft zu fördern und die Bürgerrechte, für die sie sich einsetzen wollten, gegen Übergriffe der Rechten zu verteidigen. Stattdessen waren sie vergeblich bemüht, die Rechte zu Kompromissen zu bewegen. Für die große Enttäuschung über diese Politik mussten die Reformer jetzt die Zeche zahlen.

Ahmadinejad ist ein Populist, ein Demagoge. Seine Wähler werden bald feststellen, dass sich weder die sozialen noch die ökonomischen und politischen Fragen mit einfachen Parolen und hohlen Versprechen lösen lassen: Sie stimmten für soziale Gerechtigkeit und werden enttäuscht zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie einen radikalen Islamisten gewählt haben, dessen Auffassungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, einer längst vergangenen Zeit angehören.

Abadgaran - die neue Macht im Gottesstaat

Die Wähler, die Ahmadinejad gewählt haben, werden bald merken, dass sie auch dieses Mal für einen Machtkampf instrumentalisiert wurden, der in erster Linie nicht zwischen Reformern und Konservativen, sondern hauptsächlich innerhalb des konservativen Lagers geführt wurde. Mit der Wahl Ahmadinedschads wurde faktisch ein schleichtender Machtwechsel fortgesetzt. Obwohl der Kandidat während des Wahlkampfes immer wieder betonte, keiner Partei, auch nicht dem Lager der Konservativen anzugehören, zählt er zu den Führungsmitgliedern einer inzwischen mächtigen Gruppe, die sich „Abadgaran“ nennt. (Ins Deutsche übersetzt heißt es etwa: die Gruppe, die blühende Landschaften schaffen wird). Diese Gruppe hat vor zwei Jahren im Zuge der allgemeinen Wahlverweigerung bei den Kommunalwahlen die meisten Rathäuser und Stadträte erobert und im vergangenen Jahr die absolute Mehrheit im Parlament errungen. Mit dem Sieg über die Exekutive



hat sie nun drei wichtige Machtinstrumente in der Hand.

„Abadgaran“ kommen zwar aus dem Lager der Konservativen, sie gehören jedoch der zweiten Generation nach der Gründergeneration des islamischen Staates an. Die heutigen Mitglieder dieser Gruppe waren zur Zeit der Revolution zwischen 15 und 25 Jahre alt. Sie gehörten zu den ‚Hezbollahis‘, den fanatischen Jüngern Chomeinis. Inzwischen haben sie sich von der älteren Generation politisch und ideologisch weit entfernt: während die ältere Generation gemäßiger, moderater geworden ist, wollen sie noch einmal die Fanfaren der islamischen Revolution erklingen lassen. Und sie erheben ihren Machtanspruch offen. In den letzten Wochen des Wahlkampfes wurde deutlich, dass sie mittlerweile auch in der Lage sind, diesen Anspruch durchzusetzen. So sind die Verlierer der Wahl nicht nur die Reformer, sondern auch ein Teil der Konservativen, denen trotz aller Anstrengungen nicht gelang, ihren Kandidaten zum Sieg zu verhelfen. Die Abadgaran sprechen von der Zweiten Republik, die die ursprünglichen Ziele der Revolution neu beleben soll. Aber der Machtwechsel ist längst nicht zu Ende. Auch die Reformer unter Chatami verfügten bis vor zwei Jahren sowohl über die Mehrheit in den Kommunen und im Parlament als auch über den Staatsapparat. Aber sie scheiterten, weil ihnen mächtige Instanzen wie der Wächterrat, die Justiz, militärische und paramilitärische Organisationen, die Finanzmafia der Konservativen und nicht zuletzt der mit schier unbegrenzter Macht ausgestattete Revolutionsführer gegenüberstanden. Es ist höchst fraglich, ob es den Abadgaran gelingen wird, alle diese Kräfte auf ihre Linie zu bringen oder sie zumindest zu neutralisieren und gleichzeitig gegen den Willen einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu regieren, die nach einer modernen, demokratischen Gesellschaft strebt. Immerhin haben von 48 Millionen Wahlberechtigten nur 17 Millionen Ahmadinedschad gewählt. Die Mehrheit - Akademiker, Fachkräfte, Künstler, Schriftsteller, Jugendliche, Frauen, die inzwischen selbstbewusst ihre Rechte fordern - hat dem Gottesstaat längst den Rücken gekehrt.

Der neue Präsident

Ahmadinedschad zählt zum militärischen Arm der radikalen Islamisten. Vor seinem überraschenden Sieg versprach er bei einer Wahlveranstaltung, dass „wir wieder zu einem lupenreinen, islamischen Gottesstaat zurückkehren“. Die Reformer, beeinflusst von „Intrigen westlicher Staaten“, hätten das Land ins Verderben geführt. „Wir lassen nicht zu, dass die mit dem Blut unserer Märtyrer getränkte Erde unseres Landes von Fremden, antiislamischen Kräften okkupiert wird.“

1956 im zentraliranischen Garmsar geboren, schloss sich Ahmadinedschad schon in der Zeit seiner Ausbildung zum Bauingenieur der islamischen Oppositionsbewegung gegen den Schah an. Nach der Revolution zog er als Mitglied der Revolutionsgarden in den achtjährigen Iran-Irak Krieg. Seine Tapferkeit wurde nach dem Krieg mit dem Posten des Gouverneurs der Provinz Ardebil belohnt. Bei den Kommunalwahlen 2003, bei denen es eine massive Wahlverweigerung gab und nur dreißig Prozent der Wähler zu den Urnen gingen, wurde er zum Bürgermeister von Teheran gewählt. Sein erstes Projekt, den Märtyrern auf jedem größeren Platz der Hauptstadt ein Denkmal zu setzen, scheiterte auch an dem Widerstand der Konservativen.

Ein nach Europa geflüchteter Mitarbeiter des Geheimdienstes berichtete, dass Ahmadinedschad in den neunziger Jahren an Mordattentaten gegen Dissidenten, darunter auch an dem Mordanschlag gegen den Führer der Demokratischen Partei des iranischen Kurdistan, Abdolrahman Ghassemlu in Wien beteiligt gewesen sei. Ihm wird auch vorgeworfen, an dem Mord gegen den in Paris exilierten letzten Ministerpräsidenten des Schah, Schapur Bachtiar teilgenommen zu haben.

Iran brauche eine neue islamische Revolution, sagt Ahmadinedschad, eine Revolution, die „alles Verderbliche hinwegfegt, die Gerechtigkeit walten lässt und den Armen und Barfußigen Wohlstand bringt“. Das Land müsse von frommen, ehrlichen Gläubigen verwaltet werden statt von denen, die Reichtümer angehäuft hätten. Auch außenpolitisch dürfe sich Iran nicht dem Diktat der Amerikaner und Europäer beugen. Iran habe ein Recht auf den Besitz von Atomtechnologie und „dieses Recht werden wir uns niemals nehmen lassen“.

Mit solchen Sprüchen ist es dem Bürgermeister, der selbst aus einfachen Verhältnissen stammt und sich als Fürsprecher der Mittellosen präsentiert, offensichtlich gelungen, einen beträchtlichen Anteil der Stimmen für sich zu buchen.

Ahmadinedschad träumt auch von einem Islamischen Weltstaat. „Wir müssen uns auf einen einheitlichen, islamischen Weltstaat vorbereiten“, sagte er kürzlich auf einer Wahlkampfveranstaltung. Der Islam sei im Aufstieg begriffen. „Selbst in Europa sind heute schon zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung Muslime.“ „Zweifelt nicht daran“, rief er seinen Anhängern zu, „alle Menschen sehnen sich nach einem islamischen Staat und dieser Staat wird bald kommen.“

Bei seiner ersten Pressekonferenz nach dem Wahlsieg gab sich der designierte Präsident allerdings äußerst moderat. Er wolle einen gesellschaftlichen Konsens herstellen und allen Fraktionen, auch Gruppen und Organisationen, die gegen ihn Wahlkampf geführt haben, die Hand reichen. „Grenzziehungen zwischen den Gruppen und Parteien sind nicht meine Sache. Ich werde niemals die Interessen des Volkes denen einer Partei oder Gruppe opfern“, sagte Ahmadinejad. Vor der Presse habe er eine hohe Achtung, er wolle sogar die Journalisten, die ihn kritisierten, dafür belohnen. Dabei hatte er als Teheraner Bürgermeister während des Wahlkampfes den Chefredakteur der dem Stadtrat unterstellten Tageszeitung Hamschahri entlassen, weil dieser indirekt die Kandidatur Rafsandschans unterstützte hatte. Auch bezüglich einer Verschärfung der Sittenkontrollen versuchte er, vor allem Frauen und Jugendliche zu beruhigen und Befürchtungen zu zerstreuen. Ob es dem Radikalismlen Ahmadinedschad gelingt, sich vom Saulus zum Paulus zu wandeln, werden die nächsten Monate zeigen.

Bilanz des ersten Wahlgangs: Wächterrat bestätigt „Korrektheit“ der Wahl - Innenministerium spricht von Wahlbetrug

Die Proteste gegen Manipulationen und Betrug beim ersten Wahlgang waren zu heftig, als dass der Wächterrat sie hätte ignorieren können. Kein geringerer als der frühere Parlamentspräsident Mehdi Karrubi, der selbst als Kandidat angetreten war und unter den

sieben Kandidaten nach Rafsandschani und Ahmadinedschad überraschend den dritten Platz belegt hatte, behauptete am Tag nach der Wahl, er könne nachweisen, dass in den Stunden zuvor etwa eine Million Stimmzettel zugunsten von Ahmadineschad in die Urnen geworfen worden seien. Zudem hätten manche Wähler bis zu zehn Mal ihre Stimme abgegeben. Auch der Kandidat der Reformer, Mostafa Moin, sowie Haschemi Rafsandschani sprachen von eindeutigen Wahlmanipulationen.

Der Wächterrat sah sich gezwungen, auf die massive Kritik auch der liberalen Presse zu reagieren. Er wies das Innenministerium an, die Auszählung der Stimmzettel in Teheran und drei weiteren Großstädten zu wiederholen. Doch bevor mit der Überprüfung begonnen wurde, kündigte der Rat bereits an, die Auszählung sei korrekt gewesen. Dies teilte der Sprecher des Innenministeriums Chanchani am 21. Juni auf einer Pressekonferenz in Teheran mit.

Chanchani erklärte in Anwesenheit von in- und ausländischen Journalisten, es habe zugunsten eines bestimmten Kandidaten Wahlmanipulationen gegeben. Er habe „eindeutige und genaue Informationen“ über gewisse Personen und Organisationen, die bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahl auf das Ergebnis eingewirkt hätten. Sein Ministerium sei zwar bemüht, solche Manipulationen beim zweiten Wahlgang zu verhindern, er müsse aber gestehen, dass das Ministerium dafür nicht über ausreichend Macht und Einfluß verfüge.

Chanchani nannte zwar keine Namen, forderte jedoch die Justizabteilung der Streitkräfte auf, gegen die Personen und Organisationen entsprechende Schritte zu unternehmen und die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Deutlicher hätten die Schuldigen nicht benannt werden können. Es ist allgemein bekannt, dass die Manipulationen hauptsächlich von den Revolutionswächtern, der Organisation der Basidjis (Kampagne für den Aufbau) und paramilitärischen Gruppen durchgeführt wurden. Auch der Sohn des Revolutionsführers Chamenei soll diese Organisationen unterstützt haben.

Chanchani teilte mit, dass der Justizminister, der Informationsminister und der Innenminister eine Kommission gebildet hätten, die den Vorwürfen nachgehen solle. Dieser Kommission lägen



die Namen von betreffenden Personen und Organisationen vor, die während des Wahlkampfes landesweit ein Netzwerk organisiert hätten, um andere Kandidaten zu denunzieren. „Millionen Flugblätter“ seien verteilt worden. Allein das Informationsministerium habe fünf Millionen solcher Flugblätter beschlagnahmt. Die Justiz sei über alle Details, über „das Netzwerk, dessen Wurzeln und Auftraggeber“ informiert worden. „Es kann sein, dass das Informationsministerium aus Rücksicht auf die Staatsräson die Namen der Hauptinitiatoren nicht veröffentlichen will“, sagte Chanchani. Er selbst sei jedoch der Meinung, dass man zumindest die Namen der Aktivisten, die innerhalb des Netzes tätig waren, bekannt geben sollte.

Gründung einer „Front für Demokratie und Menschenrechte“ angekündigt

Der Kandidat der Reformer bei den Präsidentschaftswahlen, Mostafa Moin, kündigte die Bildung einer „Front für Menschenrechte und Demokratie“ an. Alle, auch jene, die zum Wahlboykott aufgerufen oder andere politische, wirtschaftliche oder kulturelle Pläne hätten als er und seine Partei (Beteiligungspartei) könnten an der Front teilnehmen. Mitglied könne aber nur werden, wer von der Notwendigkeit der Fortsetzung der Reformen überzeugt sei, die Verfassung der Islamischen Republik akzeptiere und den Beschlüssen der Mehrheit folge.

Die Reaktion auf die Ankündigung fiel unterschiedlich aus. Die Vertreter der „Freiheitsbewegung“ und „National-Religiösen“, die seit Jahren zwischen dem islamischen Lager und den Laizisten ein halb legales Dasein führen, begrüßten Moins Vorschlag und kündigten ihre Beteiligung an der Front an. Ezatollah Sahabi, Vertreter der „National-Religiösen“, der eine große Popularität genießt, bezeichnete bei einem Treffen mit Moin die Bildung der Front als eine „historische Notwendigkeit“. Seiner Meinung nach erfordere die nationale und internationale Lage rasches Handeln. Die Front solle unabhängig vom Ausgang der Wahlen so schnell wie möglich gegründet werden. Auch der Vertreter der Freiheitsbewegung, Ibrahim Yazdi, betonte, die Bildung einer Front für alle Iraner, die nach Freiheit und Gerechtigkeit streben, diene der Institutionalisierung der Zivilgesellschaft.

Weniger euphorisch reagierten andere Gruppen, die eher laizistischen Kreisen angehören. Die „Treue zur Verfassung“ als Voraussetzung zur Aufnahme in die Front schließe eine Beteiligung aller Demokraten und Verteidiger der Menschenrechte aus, die das in der Verfassung verankerte System des welyat-e faghieh (der absoluten Herrschaft der Geistlichkeit) ablehnten, argumentieren Laizisten. Auch die Befürworter einer Trennung von Religion und Staat müssten der Front fernbleiben.

Nach den Präsidentschaftswahlen erklärte Moin, er und sein Team seien entschlossen, die Front so rasch wie möglich auf die Beine zu stellen. Ob dieser Plan nun gelingt, hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit solche Organisationen und Bündnisse von der neuen Regierung geduldet werden. Die Konservativen hatten zwar in den Wochen vor der Wahl die Zügel spürbar gelockert, um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen - ob diese Toleranz anhält, bleibt abzuwarten.

Karrubi kündigt Bildung einer Partei an

Der frühere Parlamentpräsident, Mehdi Karrubi, Drittplatzierter in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen, kündigte die Gründung einer neuen Partei an. Er wolle die mehr als fünf Millionen Wähler, die im ersten Wahlgang für ihn gestimmt hatten, zu gemeinsamen politischen Aktivitäten im Rahmen einer Partei aufrufen, sagte er.

Die Wahl Ahmadinedschads zum Staatspräsidenten hat unter anderem zur Konsequenz, dass zahlreiche bekannte Politiker und Träger hoher Ämter im Staatsapparat nun unerwartet von der Macht ausgeschlossen werden. Nicht nur die Reformer, sondern auch ein Teil der Konservativen, die den Kurs des neuen Präsidenten kritisiert und sich für seinen Konkurrenten, Haschemi Rafsandschani, engagiert hatten, müssen sich nun entweder in den Ruhestand begeben oder neue Beschäftigungen suchen.

Mehdi Karrubi gehört zu den einflussreichsten Personen im islamischen Machtapparat. Er war Weggefährte Ayatollah Chomeinis, bekleidete hohe Ämter und steht politisch eher auf Seiten der Konservativen. Erst als die Reformer ihn vor fünf Jahren aus tak-



tischen Gründen zum Präsidenten wählten, näherte er sich der Reformbewegung und fungierte als Vermittler zwischen den Fronten. Nun hat ihn seine Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen - die er auf Wahlmanipulationen zurückführt- dazu bewogen, eine eigene politische Kraft auf die Beine zu stellen. In einem Brief an den Revolutionsführer Chamenei, in dem er u.a. eine Untersuchung der Wahlen fordert und seinen Rücktritt von allen Ämtern erklärt, kündigt er die Gründung einer Partei an, die die Interessen und die Würde des iranischen Volkes verteidigen solle. Die bislang unbenannte politische Kraft solle sich jedoch von den „beiden Hauptfeinden der Islamischen Republik, das heißt von den fundamentalistischen Machtmonopolisten und der säkularen Opposition abgrenzen“.

Abschlussklärung auf dem Kongress der Modjahedin der Islamischen Revolution

Die Partei „Modjahedin der Islamischen Revolution“, nach der Moscharekat-Partei die größte Organisation der Reformen im islamischen Lager, verabschiedete auf ihrem achten Kongress am 6. Juni eine Erklärung, in der zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen Stellung genommen wurde. Der Kongress finde zu einer Zeit statt, in der zwei Systeme einander frontal gegenüberstünden: „ein demokratisches und ein antidemokratisches“, heißt es in der Einleitung. Die politische Auseinandersetzung zwischen „Reformern und Machtmonopolisten“ setze sich fort. Außenpolitisch sei Iran durch die politischen Wandlungen in der Region, durch Forderungen bezüglich der Menschenrechte und nicht zuletzt durch den Atomkonflikt mit schweren Problemen konfrontiert, Probleme, die einerseits aus den Beziehungen zwischen Iran und den USA und andererseits aus innenpolitischen Auseinandersetzungen resultierten.

Die Erklärung setzt sich zunächst mit den Aktivitäten des von den Konservativen beherrschten Parlaments auseinander. Nach einem Jahr sehe die Bilanz des Parlaments miserabel aus. Statt sich um die dringlichsten Nöte der Menschen zu kümmern, hätten sich die Abgeordneten mit Banalitäten im Be-

reich der Politik und Kultur beschäftigt, so z.B. die „Anordnung einer einheitlichen Nationalkleidung“ beschlossen und versucht, im Bereich der Kultur „die rückständigsten und fundamentalistischsten Auffassungen“ durchzusetzen. Ständige Misstrauensanträge gegen die Reformregierung Chatamis hätten zur Verunsicherung der Staatsführung und Verwaltung geführt. Durch Totalkontrolle der politischen Internetdienste und Inhaftierung zahlreicher Journalisten sei die Freiheit der Meinungsäußerung stark eingeschränkt worden.

Die „Ideologisierung“ der Außenpolitik, nicht zuletzt in Bezug auf den Nachbarstaat Irak habe den Interessen des Landes erheblich geschadet und die diplomatischen Bemühungen der Reformregierung zunichte gemacht, erklärt die Partei. Diese Politik und das Insistieren auf unrealistischen Forderungen hätten zu einer Annäherung der Standpunkte Europas und der USA im Streit um das Nuklearprogramm Irans geführt und den Druck dieser beiden Mächte auf Iran verstärkt. Dadurch sei das verbrieftete Recht Irans, seine Nukleartechnologie weiterzuentwickeln, in Frage gestellt worden.

Das Vorgehen der Justiz gegen die besten Köpfe des Landes, die Kontrolle der Internetdienste, die juristisch unhaltbaren Prozesse gegen Andersdenkende, die Ermordung der iranisch-kanadischen Fotoreporterin Zahra Kazemi und andere Vorgänge hätten die iranische Außenpolitik in eine tiefe Krise gestürzt.

„Was ist zu tun?“, fragen die Autoren der Erklärung. Die Empfehlung, Geduld zu üben und abzuwarten, sei inakzeptabel, weil eine solche Haltung die Position der Machtmonopolisten legitimieren würde. Außerdem sei eine solche Position defätistisch und könne nicht ausschließen, dass sich die Lage des Landes weiter verschlimmern würde. Auch der Vorschlag mit einer Kampagne eine Verfassungsänderung zu erzwingen, sei zu allgemein und lasse jeden Bezug zur Machbarkeit vermissen. Ebenso wenig sei die hauptsächlich von iranischen Exil-Kreisen propagierte Aufforderung zu einem gewaltsamen Regimewechsel von Außen weder im Interesse des Landes noch in Anbetracht der gegenwärtigen Umständen ein gangbarer Weg. „Wir glauben nach wie vor an friedliche Reformen“, heißt es in der Erklärung. „Zwar sind wir nicht der



Meinung, dass die Verfassung heilig und daher unveränderbar ist. Auch wir halten gewisse Änderungen für erforderlich. Doch unserer Meinung nach ist das Hauptproblem unseres Staates kein juristisches. Es geht vielmehr um die bestehenden Machtstrukturen. Unserer Überzeugung nach muss das Hauptziel der Reformbewegung die Demokratisierung dieser Strukturen sein." Die Verfassung biete trotz Schwächen und Unzulänglichkeiten ein Potential zur Demokratisierung staatlicher Machtstrukturen und Institutionen. Es gehe darum, dieses Potential zur Beschleunigung des Demokratieprozesses möglichst weit auszuschöpfen.

Abschließend formuliert die Erklärung die Hauptziele der Partei. Außenpolitisch sollen die Konflikte auf friedlichem Wege unter Wahrung nationaler Interessen gelöst werden. Die Islamische Republik solle sich bemühen, das Vertrauen aller Staaten, die Iran offiziell anerkannt haben, zu gewinnen. Sie müsse das Bestreben nach Frieden und Demokratie als Hauptziel ihrer Außenpolitik betrachten. Die Konflikte mit den USA, die eine Belastung der iranischen Außenpolitik darstellten, sollten durch direkte Verhandlungen gelöst werden. Auch der Streit um das iranische Atomprogramm müsse beigelegt werden. Dabei müsse das Recht Irans zur friedlichen Nutzung der Atomtechnologie gewahrt bleiben.

Innenpolitisch sollen zivile Einrichtungen gefördert und stärker in politische Entscheidungen einbezogen werden. Die Freiheit politischer Aktivitäten solle für alle Parteien und Gruppen, die die Verfassung anerkennen, gesichert werden. Auch Studentenverbände und Organisationen sollten sich frei politisch betätigen können. Die Freiheit der Bürger zu wählen und sich zur Wahl zu stellen und die korrekte Durchführung der Wahlen müssten gesichert werden. Jede Einschränkung der Pressefreiheit und jede berufliche Verunsicherung der Journalisten und Schriftsteller müssten aufgehoben werden. Den Parallelgeheimdiensten müsse das Handwerk gelegt und die individuellen und gesellschaftlichen Rechte der Bürger geschützt werden. Die oberen Ränge der Staatsführung müssten auch für Frauen geöffnet werden. Hierzu müsste, um die Benachteiligungen der Vergangenheit auszugleichen, für Frauen eine bestimmte Quote festgelegt werden. Die Rechte religiöser und ethnischer Minderheiten und deren direkte

Einbeziehung in die politischen Entscheidungen müssten durchgesetzt werden.

In ihrem wirtschaftspolitischen Programmteil plädiert die Partei dafür, dass ein größerer Teil der Öleinnahmen in produktive Branchen investiert werde. Demgegenüber sollten Staatsausgaben einerseits durch Sparmaßnahmen gemindert und andererseits durch Steuern gedeckt werden. Die iranischen Privatunternehmer im In- und Ausland sowie ausländische Investoren sollten durch Fördermaßnahmen und Erleichterungen der Wirtschaftsaktivitäten bzw. Einfuhrbestimmungen zu verstärkten Investitionen ermuntert werden.

Frauen fordern Änderung der Verfassung

Rund siebenhundert Frauen haben am 12. Juni bei einer Protestkundgebung vor der Teheraner Universität die Änderung der Verfassung und die Herstellung der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern gefordert. Die Versammlung wurde von fast siebzig unabhängigen Frauenverbänden und Organisationen, darunter auch von Frauengruppen aus dem kurdischen Teil Irans getragen und von zahlreichen Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern aus dem In- und Ausland unterstützt. Auffallend war, dass sich unter den Teilnehmerinnen auch Gruppen befanden, die sich als „Islamische Feministinnen“ bezeichneten.

„Die Zeit der Knechtschaft ist zu Ende, wir bauen eine neue Welt auf“, sangen die Frauen. Die Rednerinnen übten scharfe Kritik an der Verfassung der Islamischen Republik, die Frauen nur als rechtlose Mütter betrachte und ihre Rechte als Staatsbürgerin ignoriere. Es sei eine merkwürdige Auffassung von Gerechtigkeit, wenn das Leben einer Frau halb soviel wert sei wie das eines Mannes, sagte die Frauenaktivistin Marzieh Mortazi. „Diese Auffassung, die ihr uns als Gottes Gerechtigkeit aufzwingen wollt, ist erniedrigend und zynisch.“

Die Kurdin Roja Tolui kritisierte, dass die höchsten Ämter des Staates ausschließlich Männern vorbehalten seien. Der Gottesstaat habe Frauen aus den wichtigsten politischen Entscheidungen ausgeschlossen. Frauen, die ethnischen Minderheiten angehörten, seien sogar doppelt benachteiligt. Die bekannte Dichterin Simin Behbahani



sagte: „Unser Kampf gilt nicht den Männern, wir wollen unsere Rechte haben.“

Die Kundgebung war nicht genehmigt. Die Polizei versuchte, die Frauen auseinander zu treiben. Doch die Teilnehmerinnen wehrten sich. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, einige Frauen wurden vorübergehend in Haft genommen. Dennoch wurde die Kundgebung durchgeführt.

Demokratie sei ohne Freiheit und Gleichberechtigung nicht zu erreichen, heißt es in der Abschlussresolution. Die Änderung der Verfassung sei die erste Forderung der Frauenbewegung, die sich nun formiert habe. Dies sei aber nicht das einzige Ziel. „Unsere Bewegung ist eine Kampfansage an alle traditionellen, frauenfeindlichen Gesetzen und Normen, die sich im gesellschaftlichen und familiären Alltag etabliert haben.“

Die Resolution fordert die Aufhebung der Zwangsehe, ein Sorgerecht für Mütter, Verbot der Polygamie, harte Bestrafung der „Ehrenmorde“ und Gewalt in der Ehe. „Wir werden dagegen kämpfen, dass die Rolle der Frau auf ihre Funktion als Mutter, Ehe- und Hausfrau reduziert wird“, verkünden die Frauen. Sie verlangen, dass die Verfassung mit der internationalen Konvention der Menschenrechte und der UN-Konvention gegen die ungleiche Behandlung von Frauen in Einklang gebracht werde. Sollten die Verantwortlichen diesen Forderungen kein Gehör schenken, werde die Bewegung „ihre zivilen und friedlichen Proteste“ fortsetzen.

Internationale Unterstützung für Proteste der Frauen

Zahlreiche Akademiker, Kunst- und Kulturschaffende und Menschenrechtler haben in einem gemeinsamen Aufruf den Protest der Frauen im Iran unterstützt. In dem von der iranischen Nobelpreisträgerin, Schirin Ebadi, mit 172 Unterschriften am 12. Juni veröffentlichten Aufruf heißt es: „Obwohl wir an eurer Protestkundgebung nicht teilnehmen können, unterstützen wir eure Forderungen. Wir werden euren Ruf nach Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie in die Welt tragen und für eure gerechten Forderungen werben.“

In einer globalisierten Welt dürfe kein Staat die nationale Souveränität

als Vorwand nehmen und Proteste gegen Missachtung der Menschenrechte als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ zurückweisen. Viele Augen seien heute auf Iran gerichtet. Es sei beschämend, dass die iranischen Machthaber, gestützt auf eine ungerechte Verfassung, der Hälfte der Bevölkerung Irans aufgrund ihres Geschlechts untersagen, als Kandidatin an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen.

Es sei allgemein bekannt, dass heute in Iran eine Minderheit von konservativen Sexisten sich auf alte Stammesgesetze beriefen und Frauen - selbst jene, die in den Bereichen der Wissenschaft, Kunst und Kultur beachtliche Leistungen vorzuweisen hätten - als „denkunfähig und als Menschen zweiter Klasse“ betrachteten und behandelten. Diese Sicht- und Vorgehensweise sei erniedrigend und beleidigend.

„Gestützt auf die Konvention der Menschenrechte, die auch Iran unterschrieben hat, erklären wir gemeinsam mit euch, dass niemand aufgrund seines Geschlechts benachteiligt werden darf“, heißt es abschließend in der Erklärung. „Wir fordern die Islamische Republik auf, alle Gesetze, die die Bürger aufgrund ihres Geschlechts, ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit oder ihrer politischen Meinung benachteiligen, aufzuheben.“

Parlamentspräsident Adel im Amt bestätigt

Am 1. Juni wurde Parlamentspräsident Haddad Adel in seinem Amt bestätigt. 160 von 255 anwesenden Abgeordneten stimmten für die Wiederwahl Adels. In der Regel wird das Präsidium des Parlaments jährlich neu gewählt. Auffallend war, dass Adel im Vergleich zu seiner ersten Wahl im letzten Jahr weit weniger Stimmen erhielt. Damals stimmten 226 von 259 für ihn. Die geringere Zustimmung ist ein deutlicher Hinweis auf die Spaltungen im Lager der Konservativen, die auch bei der Kandidatenwahl für das Amt des Staatspräsidenten ersichtlich wurden.

Der Gegenkandidat, Hassan Sobhani, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Haushalt, erhielt 86 Stimmen. Er hatte wenige Tage vor der Wahl in einem offenen Brief seine Kandidatur angemeldet und erklärt, er wolle sich für einen „großen Wandel“ einsetzen und dadurch den Abstand zwischen „dem



Ist-Zustand" und dem, was „sein sollte" bzw. er als erstrebenswert halte, verringern. Der jetzige Zustand sei „im Hinblick auf potenzielle Fähigkeiten der Abgeordneten und die Probleme, die sie bei der Erledigung ihrer Pflichten" hätten, „zerstörerisch und resignierend". Er wolle einschneidende Reformen durchführen.

Weltmeister bei Internetzensur

Nach Angaben einer Forschungsgruppe der Universitäten Harvard, Cambridge und Toronto ist Iran mit Hilfe technologischer Entwicklung aus den USA bei der Internet-Zensur Weltmeister geworden. Vor allem Webseiten mit politischen, feministischen und erotischen Inhalten seien in Iran weithin blockiert, hieß es bei einer Pressekonferenz am 22. Juni in Washington, auf der die Gruppe die Ergebnisse ihrer Untersuchung bekannt gab. Zu jeder dritten angewählten Internet-Seite sei in Iran der Zugang gesperrt. Dabei setzten die Behörden in Teheran die „technologischen Errungenschaften" der US-Firma Secure Computing ein. In dem die Firma Filtersysteme an „undemokratische Regimes" liefere, mache sie sich zum „Komplizen", kritisierte Ronald Deibert von der Universität Toronto.

Wie die Behörden in der Volksrepublik China bemühten sich auch die zuständigen iranischen Stellen, bei der Entwicklung der Filtersysteme immer auf dem neuesten Stand zu sein, sagte John Palfrey von der Universität Harvard. „Das lässt erwarten, dass das Katz- und-Maus-Spiel zwischen denjenigen, die frei sprechen wollen, und denjenigen, die sie davon abhalten wollen, weitergeht."

Der Studie zufolge sind „viele pornographische Onlineangebote, aber auch politisch sensible Seiten über Frauenrechte sowie eine große Zahl von Seiten mit schwulen und lesbischen Inhalten" von der Zensur betroffen.

Weblogger zu zwei Jahren Haft verurteilt

Der vor sieben Monaten nach kurzfristiger Haft gegen Kautionsfreigelassene Weblogger Modjtaba Samiinejad musste wenige Tage nach seiner Entlassung abermals hinter Gitter. Nun wurde er, nach Aussage seines Anwalts, Mohammad

Seifzadeh, wegen Beleidigung des Revolutionsführers Ali Chamenei zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der 25-jährige Samiinejad, Student des Fachbereichs Kommunikationstechnik, hatte die Nachricht über die Verhaftung von drei Webloggern verbreitet. Er wurde in Handschellen aus dem Gefängnis zur Gerichtsverhandlung geführt.

Seifzadeh teilte der Presse mit, dass sein Mandant 88 Tage in der Einzelhaft verbracht habe. Gegen ihn sei ein weiterer Prozess geplant. Ihm werde die Beleidigung des Propheten vorgeworfen. Sollte ihm der Vorwurf nachgewiesen werden, müsse er mit der Todesstrafe rechnen. Zahlreiche Weglogger und Internetdienste sowie Schriftsteller und Journalisten haben gegen die Vorgehensweise der Justiz protestiert und die sofortige Freilassung Samiinejads gefordert.

Gandji in Lebensgefahr

Der seit mehr als fünf Jahren unter verschärften Bedingungen inhaftierte Journalist Akbar Gandji veröffentlichte am 1. Juli aus der Haft einen Brief, in dem er seine Lage schildert. Er war nach seiner Teilnahme an der von der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin veranstalteten Iran-Konferenz in Teheran verhaftet und zunächst zu zehn Jahren Gefängnis und fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Das Urteil wurde später in sechs Jahren Gefängnis revidiert. Seine Gesundheit ist schwer angeschlagen, er leidet schon seit längerer Zeit unter Asthma und starken Rückenschmerzen. Auch seine Sehfähigkeit ist erheblich geschwächt. Er braucht dringend eine gründliche ärztliche Behandlung, die nur außerhalb des Gefängnisses möglich ist.

Ende Mai wurde Gandji nach seinem elf-tägigen Hungerstreik und massiven Protesten aus dem In- und Ausland zunächst zur medizinischen Behandlung freigelassen, aber nach einer Woche erneut verhaftet, worauf er seinen Hungerstreik fortsetzte.

„Ich befinde mich seit neunzehn Tagen im Hungerstreik", schreibt er in seinem „Brief an alle Menschen, die sich für die Freiheit einsetzen". Er habe innerhalb eines Monats neunzehn Kilogramm Gewicht verloren. Man habe ihn in einer Einzelzelle eingesperrt und zusätzliche Strafen verhängt: Er dürfe nicht telefonieren, keine Besuche emp-



fangen, keine Bücher oder Zeitungen lesen. Auch der Hofgang sei ihm untersagt.

Gandji schreibt, man habe einen zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilten Schmuggler in seine Zelle verlegen wollen, der ihn während der Nacht umbringen sollte. Solche Drohungen und Strafmaßnahmen sollten ihn zwingen, seine Kritik gegen die „Machtmonopolisten“ zu widerrufen. „Seid sicher, ich werde standhaft bleiben und meinen Hungerstreik solange fortsetzen, bis ich mein Ziel erreicht habe“, so Gandji in seinem Brief. „Ich habe immer wieder betont, sollte ich im Gefängnis sterben, trägt dafür Chamenei die Verantwortung.“ Er wisse, dass die Justiz die Anweisungen direkt von Chamenei empfangt. „Ich habe Chamenei kritisiert, ich habe geschrieben, dass seine absolute Herrschaft im Widerspruch zur Demokratie stehe.“

Am 30. Juni forderte die Regierung der USA die sofortige und bedingungslose Freilassung Gandjis. Die Forderung erfolgte einen Tag nachdem Gandjis Familie internationale Menschenrechtsorganisationen um Unterstützung gebeten hatte. „Wir sind um Gandjis Zustand äußerst besorgt“, sagte der Sprecher des US-Außenministeriums. Gandjis mühtigen Bemühungen, die Mordanschläge der iranischen Geheimdienste gegen Oppositionelle aufzudecken und sein unermüdlicher Einsatz für freie Meinungsäußerung und Demokratie verdienen die Achtung der ganzen Welt, heißt es in einer Protesterklärung des Außenministeriums.

Bereits vor Mitte Juni hatten die iranische Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi, zahlreiche Journalisten, Schriftsteller und Künstler sowie internationale Menschenrechtsorganisationen die Freilassung Gandjis gefordert. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung forderte in mehreren Schreiben und Pressemitteilungen seine sofortige Freilassung.

Zarafschan wird vorläufig außerhalb des Gefängnisses behandelt

Nasser Zarafschan ist neben Gandji der zurzeit populärste politische Gefangene in Iran.

Der sechzigjährige Rechtsanwalt, der die Angehörigen der Serienmorde von 1998 vertrat, bei denen das Politiker-ehepaar Forouhar und drei Schriftstel-

ler durch den Geheimdienst ermordet wurden, befindet sich seit August 2002 in Haft. Er wurde zu fünf Jahren Gefängnis und sieben Peitschenhieben verurteilt. Er habe geheime Informationen aus den Gerichtsakten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, behauptete das Gericht.

Zarafschan beantragte wegen akuter Nierenschmerzen (Nierensteine) und Blut im Urin eine medizinische Behandlung außerhalb des Gefängnisses, was zunächst abgelehnt wurde. Anfang Juni riefen seine Angehörigen sowie der iranische Schriftstellerverband, dem er als Autor angehört, zu einer unbefristeten Kundgebung vor dem Gefängnis auf. Zahlreiche bekannte Persönlichkeiten, Schriftsteller und Künstler folgten dem Aufruf. Auch internationale Menschenrechtsorganisationen, der internationale PEN sowie die Liga zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran protestierten gegen die menschenverachtende Behandlung von Zarafschan und forderten die Justiz auf, ihn sofort freizulassen.

Offenbar zeigten die Proteste Wirkung. Zarafschan befindet sich zurzeit in einem Krankenhaus außerhalb des Gefängnisses.

II. Wirtschaft

Ahmadinedschad will Klarstellung der Ölverträge

Irans künftiger Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad kündigte eine Verschärfung der Ölpolitik an. Angesichts der herausragenden Stellung Irans als weltweit viertgrößtes Förderland dürfte er damit an den ohnehin angespannten internationalen Energiemärkten für neue Unruhe sorgen.

Unmittelbar nach seinem Wahlsieg erklärte der designierte Präsident am 25. Juni im staatlichen Hörfunk, er werde alle Ölförder- und Exportverträge überprüfen lassen. „Das größte Kapital des Landes sind heute die Ölindustry und die Ölvorkommen“, sagte er. „Die Umstände, unter denen unsere Verträge abgeschlossen wurden, und die Kontrollmechanismen über Produktion und Export müssen überprüft und geklärt werden.“

Politische Beobachter gehen davon aus, dass Ahmadinedschad tief greifende Än-



derungen im Management der staatlichen Ölindustrie vornehmen wird. Während des Wahlkampfes griff er die „mächtigen Mafias“ scharf an und beschuldigte sie, das wichtige Eigentum des Volkes monopolisiert zu haben. „Ich werde den Mafien der Macht und den Gruppen, die unser Öl im Griff haben, die Hände abschneiden. Das Volk muss seinen Anteil am Ölreichtum im täglichen Leben sehen“, sagte er bei einer Wahlveranstaltung.

Es ist so gut wie sicher, dass Ahmadi-nedschad unmittelbar nach seinem Amtsantritt im August den gesamten Führungsstab des Staatsapparates neu besetzen wird. Dazu gehören auch die Posten des Ölministers Bijan Sangeneh sowie des Vertreters Irans bei der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC), Hossein Kasempur Ardebili. Beide hatten im Wahlkampf offen Hachemi Rafsandschani unterstützt.

Für die internationalen Ölmärkte dürften die Äußerungen Ahmadinedschads neue Unsicherheit und somit Preissteigerungen bedeuten. Furcht vor Versorgungsengpässen hatte den Ölpreis in den USA am Tag nach den iranischen Wahlen kurzfristig auf die Rekordmarke von 60 Dollar je Barrel getrieben.

Verhandlungen über Gaspipeline von Iran nach Indien

Der indische Ölminister Mani Shankar Aiyar erklärte bei seiner Ankunft am 6. Juni in Pakistan: „Wir wollen während unseres viertägigen Aufenthalts über alle technischen Aspekte bezüglich des Baus der Gaspipeline von Iran über Pakistan nach Indien verhandeln.“

Iran hatte 1966 Indien und Pakistan den Bau einer 2775 Kilometer langen Pipeline für den Transport von Naturgas nach Indien vorgeschlagen. Doch dieses Projekt konnte angesichts der Konflikte zwischen Indien und Pakistan nicht verwirklicht werden. Nun scheint die erfolgte Annäherung zwischen den beiden Staaten seit dem vergangenen Jahr auch den Weg für dieses Projekt geebnet zu haben. Delhi und Islamabad scheinen zudem insbesondere die Durchführung dieses Projektes als eine vertrauensbildende Maßnahme zu betrachten. Für Pakistan würden allein die Transitgebühren jährliche Einnahmen in Höhe von 660 Millionen Dollar bedeuten.

Der Washingtoner Druck auf Indien und Pakistan, auf das Geschäft mit Iran zu verzichten, scheint keine Wirkung mehr zu zeigen. So erklärte der indische Ölminister mit Blick auf die Proteste Washingtons: „Wir lassen uns durch keinen Staat unter Druck setzen.“ Er werde jetzt mit Pakistan über alle technischen Details, auch über Transitgebühren mit Pakistan verhandeln.

Indien importiert zur Zeit 70 Prozent seines Ölbedarfs und 50 Prozent seines Gasbedarfs aus dem Ausland. Nach Einschätzung von Experten wird der Gasimport im laufenden Finanzjahr sieben-einhalb Millionen Tonnen pro Tag betragen. Es wird damit gerechnet, dass Indiens Gaseinfuhr in fünf Jahren auf einhundert Millionen Tonnen pro Tag steigen werden. Das Wirtschaftswachstum des Landes beträgt zurzeit sieben bis acht Prozent.

E.ON sucht Einstieg ins Gasgeschäft mit Iran

Einem Bericht des Handelsblatts zufolge will der E.ON-Konzern als erster deutscher Energieversorger in das Geschäft mit Iran einsteigen. Damit wolle der Konzern unabhängiger von Lieferungen aus Russland werden.

Erste Delegationen der Tochtergesellschaft E.ON Ruhrgas hätten bereits in Iran mit Vertretern der iranischen Regierung Gespräche geführt. Iran sei sowohl als Bezugsquelle für flüssiges Erdgas (LNG) wie auch für Pipeline-Gas attraktiv. Bislang bezieht Ruhrgas sein Erdgas aus Russland, Deutschland und der Nordsee.

Umgekehrt habe auch Iran ein starkes Interesse, mit den Deutschen ins Geschäft zu kommen. Das Land verfüge nach Russland zwar über die größten Gas-Reserven der Welt, exportiere aber bislang kaum. „Eines der wichtigsten strategischen Ziele Irans ist es, diese Lücke zu schließen“, sagte Valerie Marcel, Energieexpertin beim Royal Institute for International Affairs in London, dem Handelsblatt.

Iranisch-irakisches Pipeline-Projekt

Wie der irakische Öl-Minister Ibrahim Bahr al-Ulum am 28. Juni der Nachrichtenagentur Reuters in Bagdad mitteilte, wollen Iran und Irak ihr gemeinsa-



mes Pipeline-Projekt rasch realisieren.

Der Vertrag zum Bau einer Zwillings-Pipeline von der irakischen Ostgrenze zu der iranischen Raffinerie Abadan werde voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen unterzeichnet, sagte der Minister. Der Irak wolle dabei bis zu 150.000 Barrel (ein Barrel = 195 Liter) Rohöl pro Tag nach Abadan liefern und im Gegenzug Benzin und andere Raffinerie-Produkte erhalten. Zum Bau der Rohrleitung würden drei bis sechs Monate benötigt. Am Anfang würden voraussichtlich weniger als 150.000 Barrel pro Tag geliefert.

Beide Länder hatten einige Wochen zuvor bereits angekündigt, zur Überbrückung der irakischen Versorgungsengpässe eine Pipeline bauen zu wollen. Krieg und Sabotage haben dazu geführt, dass die ohnehin veralteten Raffinerien nicht mehr in der Lage sind, den inländischen Bedarf an Benzin zu decken.

Der Irak wolle in den kommenden fünf Jahren seine Raffinerie-Kapazität auf mehr als eine Million Barrel pro Tag ausbauen. Es würden weitere Gespräche mit internationalen Firmen geführt, die ein Angebot abgeben sollen. Geplant seien eine Raffinerie im irakischen Kurdistan, eine im Euphrat-Gebiet und eine im Süden des Landes.

Prozess gegen mutmaßliche Atomspione ab August

Zwei Männer stehen offenbar ab August wegen des Verdachts der Spionage gegen Atomanlagen Irans vor Gericht.

Die Prozesse sollen, wie ein Justizsprecher der Nachrichtenagentur ISNA mitteilte, am 2. bzw. am 20. August beginnen. Die Verhandlung gegen einen dritten Angeklagten habe ein Revolutionsgericht für nationale Sicherheit bereits eröffnet. Iran hat nach Angaben der Justiz im vergangenen Jahr zehn Verdächtige festgenommen, die für die USA und Israel Nuklear-Anlagen ausspioniert haben sollen. Drei der mutmaßlichen Agenten hätten für das staatliche Atomprogramm gearbeitet.

III. Außenpolitik

Die Wahl und das Atomprogramm

Die Wahl Ahmadinedschads zum Staatspräsidenten wird nicht ohne Einfluss auf die Außenpolitik Irans bleiben. Vor allem die ohnehin ins Stocken geratenen Verhandlungen mit den drei EU-Staaten Deutschland, Großbritannien und Frankreich über das umstrittene iranische Atomprogramm werden neuen Belastungen ausgesetzt. Denn der gewählte Präsident verfügt über keinerlei außenpolitische oder diplomatische Erfahrungen; er ist, wie er sich selbst bezeichnet, „ein Mann des Volkes“, ein „Sprachrohr der Barfüßigen und Mittellosen“. Er ist ein radikaler Islamist, dessen Ideologie zu einem Teil auf der Feindschaft zum Westen, insbesondere zu den USA und Israel gründet. Schon während des Wahlkampfs kündigt er an, das Atomprogramm, zu dem auch die Anreicherung von Uran gehört, unter allen Umständen fortsetzen zu wollen. Genau das wollen aber die EU-Staaten und erst recht die USA verhindern.

Schon vor den Präsidentschaftswahlen wurde zwischen den Fraktionen im islamischen Lager heftig über die Frage gestritten, wie man auf die Forderungen des Westens reagieren sollte. Während die Fraktion der Reformer Kooperationsbereitschaft zeigte und immer wieder Kompromissvorschläge vorlegte, pochten die Radikal-Islamisten auf das Recht Irans zur Entwicklung der Atomtechnologie. Und während die Reformer und Moderaten am 25. Mai ihre bislang letzte Verhandlung mit den EU-Staaten in Genf führten, beschloss das von Islamisten mit absoluter Mehrheit beherrschte Parlament, die Regierung zur Wiederaufnahme der Urananreicherung zu verpflichten. Die Regierung wurde aufgefordert, „im Rahmen des Atomsperrvertrags und internationaler Regelungen, in Anspruchnahme aller einheimischer und internationaler Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der Verpflichtungen gegenüber der Internationalen Atombehörde (IAEA), die Atomtechnologie weiterzuentwickeln und Brennelemente für 20.000 Megawatt Atomstrom herzustellen.“ Am 29. Mai erteilte der ebenfalls von Konservativen besetzte Wächterrat dem Beschluss seine Zustimmung.



Die Verhandlungen in Genf hatten zu keinem Ergebnis geführt. Immerhin konnten aber die Verhandlungspartner ein endgültiges Scheitern verhindern. Iran versicherte noch einmal, sich auf eine friedliche Nutzung der Atomenergie beschränken zu wollen. Die EU-Außenminister verpflichteten sich, bis Ende Juli neue Vorschläge vorzulegen. Offenbar sollte zunächst das Ergebnis der Wahlen abgewartet werden. Außenminister Fischer sprach nach der Zusammenkunft von „sehr schwierigen und komplizierten“ Verhandlungen. Es sei keine letzte Frist gesetzt worden, „aber die unterschiedlichen Positionen zu überbrücken, wird alles andere als einfach werden“. Ziel der EU bleibe „ohne jeden Zweifel“ Iran zum dauerhaften Verzicht auf Urananreicherung zu bewegen, betonte Fischer.

Die USA und vor allem Israel sind davon überzeugt, dass Iran den Bau der Atombombe plant. Sie stehen den Verhandlungen, die die EU-Troika mit Iran führt, aus guten Gründen äußerst skeptisch gegenüber: Nicht nur, dass Iran lange Zeit hindurch wichtige Teile seines Programm verheimlichte. Unter den Radikalen Islamisten sind nicht wenige, die zwar nicht offen, aber unter vorgehaltener Hand den Bau der Atombombe zur Wahrung der Sicherheit und Interessen des Landes für notwendig erachten. Iran sei rund um seine Grenzen von US-Stützpunkten umzingelt. Das Land müsse sich gegen die Gefahren wehren können, argumentieren sie. Es ist anzunehmen, dass auch Ahmadinedschad zu den Befürwortern gehört.

Israel fordert EU-Staaten auf, standhaft zu bleiben

Israels Staatspräsident Mosche Katzav forderte die EU-Staaten auf, im Streit um das iranische Atomprogramm standhaft zu bleiben und sich von Teheran nicht hinters Licht führen zu lassen. „Ich denke, wenn Europa(...) standhaft bleibt, wird Iran aufgeben. Iran ist nicht Nordkorea“, sagte er in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Focus“. Angesichts der hartnäckigen Haltung Irans, die vorübergehend ausgesetzte Urananreicherung unter allen Umständen wieder aufnehmen zu wollen, meinte Katzav: „Die Iraner wollen die Europäer hinters Licht führen. Das haben sie schon mehrmals gemacht. Sie streben nach Nukleartechnologie und werden soviel wie möglich dafür tun,

aber eben nicht alles.“ Davon abgesehen habe Iran, das reichlich über Ölquellen verfüge, keine Atomenergie nötig.

Auch während seines Spanienbesuchs wiederholte Katzav am 28. Juni seine Vorwürfe gegen Iran. Iran habe versucht, Langstreckenraketen zu entwickeln und sei damit auch eine Gefahr für Europa, sagte der Präsident. Er nannte Iran ein undemokratisches Land, das mit dem internationalen Terrorismus zusammenarbeite. Die Vorgehensweise des neuen iranischen Präsidenten, Mahmud Ahmadinedschad bezeichnete er als „sehr negativ“. Katzav selbst stammt aus Iran.

Israels Außenminister Silvan Schalom forderte ebenfalls ein härteres Vorgehen gegen die Islamische Republik und ihr Atomprogramm. „Angesichts der atomaren Bedrohung durch Iran muss die internationale Gemeinschaft mehr denn je eine einheitliche und strikte Politik gegenüber dem Land formulieren“, sagte er am Tag nach den Präsidentschaftswahlen. „Wir müssen sicherstellen, dass moderne westliche Staaten nicht zu Geiseln des iranischen Extremismus werden.“ Das iranische Atomprogramm müsse vor den Sicherheitsrat der UNO gebracht werden, der dann Sanktionen gegen das Land verhängen könnte. Die Präsidentschaftswahl in Iran sei aus der Sicht Israels auf keinen Fall demokratisch erfolgt. „Vielmehr belegt das Ergebnis einmal mehr, dass Iran sich weiter weiter extremistische Aktivitäten plant, statt auf Reformen und Aussöhnung zu setzen.“

Iran verzichtet bis Ende Juli auf Urananreicherung

In den letzten Tagen kündigte Teheran nun offiziell an, sein Programm zur Anreicherung von Uran bis Ende Juli auszusetzen. Damit kommt das Land einer Bitte der Europäischen Union (EU) nach. Hossein Mussavi, Sprecher der iranischen Verhandlungsdelegation sagte nach einem Treffen mit Vertretern des EU-Trios Deutschland, Frankreich, Großbritannien der Nachrichtenagentur „Mehr“ am 5. Juni, sowohl Iran als auch die Europäer sollten sich bis dahin bemühen, den Streit über das iranische Atomprogramm beizulegen. Er betonte jedoch abermals, dass Iran auf sein Recht beharren werde, die Kernkraft zu nutzen und die Atomtechnologie

gie weiter zu entwickeln. Dazu gehöre auch die Urananreicherung.

USA frieren Konten der Organisationen aus Iran, Syrien und Nordkorea ein

Wie US-Präsident George W. Bush am 29. Juni in Washington erklärte, werden die Konten von acht Einrichtungen aus Iran, Syrien und Nordkorea eingefroren. Ziel sei es „den Handel mit Ver-
nichtungswaffen und entsprechendem Material durch die Unterbindung von Finanzhilfen und anderer Hilfsmittel zu bekämpfen“, so Bush.

Die Maßnahme beruht auf Empfehlungen einer unabhängigen Kommission, die im vergangenen Jahr insgesamt 74 Vorschläge zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen vorgelegt hatte. Sie betrifft drei nordkoreanische und vier iranische Verbände und Organisationen sowie das syrische Zentrum für Forschung und Wissenschaft.

US-Finanzminister John Snow erklärte, die Maßnahme vermittele die „klare Botschaft, dass jeder, der mit Massenvernichtungswaffen handelt, sich nicht des US-Finanzsystems bedienen kann, um seine Aktivitäten zu finanzieren oder zu erleichtern“. Er appellierte zugleich an die Partnerländer der USA, ähnliche Schritte einzuleiten.
